

Frankenpost

"Über das Rauchverbot abstimmen"

Erschienen im Ressort Kulmbach-Land am 06.05.2009 00:00

"Über das Rauchverbot abstimmen"

Bundestagskandidatin Tanja Och zum Startschuss der Ökologisch-Demokratische Partei Bayerns (öpd) für ein Volksbegehren gegen die Lockerung des Nichtraucherschutzes.



Tanja Och, Bundestagskandidatin der öpd aus Kulmbach
Bild:

Kulmbach - Am Montag hat die Ökologisch-Demokratische Partei Bayerns (öpd) den Startschuss für ein Volksbegehren gegen die Lockerung des Nichtraucherschutzes durch die CSU/FDP-Staatsregierung gegeben. Wir sprachen mit der Bundestagskandidatin der öpd, Tanja Och aus Kulmbach.

Frau Och, welche Ziele verfolgt die öpd mit dem Volksbegehren?

Die CSU/FDP-Staatsregierung strebt mit ihrem Gesetz, das voraussichtlich am 1. August in Kraft treten soll, praktisch eine Abschaffung des Nichtraucherschutzes an. Wir wollen die Bürger per Volksentscheid über einen echten Nichtraucherschutz in Bayern abstimmen lassen.

Kann man nicht dem mündigen Bürger überlassen, in welche Gaststätte oder Eckkneipe er geht?

Es gibt sehr viele Bürger, die in Gaststätten und Restaurants ohne Rauch ihr Essen genießen wollen. Es gibt auch viele Raucher, die Verständnis für Nichtraucher haben. Die gesundheitlichen Gefahren des Passivrauchens sind einfach zu groß. Es gibt eine aktuelle Veröffentlichung des Deutschen Krebsforschungszentrums Heidelberg, die von mehr als 3300 Todesfällen jährlich in Deutschland durch Passivrauchen spricht.

Und wie läuft das Volksbegehren ab?

Wir haben am Wochenende in einigen großen Städten und seit Montag im ganzen Freistaat begonnen, mit Unterstützung verschiedener Interessenverbände bis Juni 25 000 Unterschriften für das Volksbegehrens zu sammeln. Unterschriftenlisten kann man im Internet unter www.nichtraucherschutz-bayern.de herunterladen. In Kulmbach werden wir im Rahmen des Europa-Wahlkampfes bei Veranstaltungen und an Infoständen, zum Beispiel am 23. Mai am Holzmarkt in Kulmbach, Unterschriftenlisten auslegen. Die

Listen reichen wir dann beim Innenministerium ein. Nach Prüfung und Veröffentlichung im Bayerischen Staatsanzeiger beginnt dann die 14-tägige Einschreibungsphase.

Das ist wohl die schwierigste Hürde auf dem Weg zum Volksentscheid?

Ja, denn da müssen die Bürger in ihre Gemeindeverwaltung gehen, um sich einzutragen. Wenn sich in den 14 Tagen zehn Prozent der Wahlberechtigten, das sind rund 950 000 Bürger in Bayern, eintragen, kommt es zu einem Volksentscheid.

Sie glauben, dass die ödp diese hohen Hürden überwinden kann?

Ja, ich denke das schaffen wir. Wir versprechen uns davon aber auch, dass mehr Bürger die ödp als politische Partei wahrnehmen.

Das Gespräch führte Manfred Biedefeld

Alle Rechte vorbehalten.
